Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Durlacher Tagblatt. 1920-1964
1935

79 (3.4.1935)

Visual Library

Durlacher Tageblatt

Durlacher Wochenblatt gegründet 1829 / Heimatblatt für die Stadt Durlach und den Amtsbezirk Karlsruhe

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- und Feiertag ausgenommen. Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtbereich monatlich 1,50 Mark, durch die Post bezogen 1,86 Mark. Einzelnummer 10 Pfennig.

Druck u. Verlag: Adolf Dups, Kommanditgesellschaft, Durlach, Mittelstr. 6. Geschäftsstelle: Adolf Hitlerstr. 53, Fernspr. 204. Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 10 101. Verantwortlich für den Gesamtinhalt: Luise Dups, Durlach. D. A. II. 3400.

Anzeigenberechnung: Die 6gespaltene Millimeterzeile (46 Millimeter breit) 6 Pfennig, Millimeterzeile im Textteil 18 Pfennig. Z. Zt. ist Preisliste Nr. 3 gültig. Schluß der Anzeigenannahme tags zuvor, nachmittags 17 Uhr, für kleine Anzeigen am Erscheinungstag 8 Uhr vormittags. Für Platzvorschriften und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr übernommen werden. Im Falle höherer Gewalt hat der Bezieher keine Ansprüche bei verspätetem oder Nichterscheinen der Zeitung.

Nr. 79 | **Mittwoch, den 3. April 1935** | **106. Jahrgang**

Kurze Tagesübersicht

Aus Anlaß der Verreichlichung der Justiz fand in Berlin ein Staatsakt statt, bei dem Ministerpräsident Göring, Reichsjustizminister Gürtner und Reichsinnenminister Dr. Frick sprachen.

*

Anläßlich der Vertrauensratswahlen sprach der Stellvertreter des Führers, Rudolf Heß, über die Bedeutung des Wiederaufbaues des Heeres.

*

Nach Belgien hat nun Luxemburg den Franken um 10 Prozent abgewertet.

*

Die amerikanische Bundesregierung hat eine neue Handelspolitik eingeleitet, die auch Deutschland treffen kann.

*

Das Luftschiff „Graf Zeppelin" führte am Dienstag von Friedrichshafen aus einen Flug nach Berlin und zurück aus.

*

Die polnische Regierung hat den französischen Außenminister zu einem Besuch in Warschau eingeladen. Laval nahm an.

*

Nach einer Rede des französischen Luftfahrtministers wird bis Ende des Jahres der Tonneninhalt der französischen Bombenflugzeuge auf das Dreifache erhöht und der Aktionsradius verdoppelt sein.

Tagung im Propagandaministerium

Berlin, 2. April. Am Dienstag fand im Propagandaministerium eine Tagung der Landesstellenleiter statt, die von Reichsminister Dr. Göbbels mit grundlegenden politischen Ausführungen eröffnet wurde. Dr. Göbbels behandelte ausführlich die außenpolitische Lage und die innen- und außenpolitischen Auswirkungen des Wehrgesetzes vom 16. März. Dann wandte sich der Minister den Problemen der Propaganda zu. Anschließend sprachen verschiedene Referenten über wichtige Sonderfragen.

Russische Ausweisung deutscher Handelsvertreter

Berlin, 2. April. Der Vertreter der Humboldt-Deutz-Motoren AG., vormals Ehrhard u. Sehmer Saarbrücken, H. G. Waschkau, ist aus unbekannten Gründen aus Rußland ausgewiesen worden. Vor einiger Zeit kam Waschkau aus Moskau zur Beerdigung seines Vaters nach Deutschland zurück und wollte nach einigen Tagen die Rückreise wieder antreten. Ohne Angabe von näheren Gründen verweigerte man ihm das Visum und ließ ihn noch nicht einmal zur Auflösung seines dortigen Haushaltes nach Rußland herein. In diesem Zusammenhang ist es interessant, daß der Vertreter der Mitteldeutschen Stahlwerke, Klitsch, sowie einige andere deutsche Vertreter aus unbekannten Gründen ebenfalls aus Rußland verwiesen wurden.

Aufruf zum Volkstag der Inneren Mission

Der Volkstag der Inneren Mission ist der große umfassende Appell an Dich, Du deutsches evangelisches Volk. An diesem Tage soll mit unüberhörbarer Eindringlichkeit das Wollen und Wirken der Inneren Mission dargestellt und bis in das letzte Dorf unseres Vaterlandes hineingetragen werden. Seit über hundert Jahren tut sie ihren Dienst an den Volksgenossen diesseits und jenseits der Grenzen. Der Inneren Mission ist es vom Herrn der Kirche befohlen, die heilenden Kräfte des Evangeliums den Kranken und Schwachen, wie den Gesunden und Starken zu bringen. Das tröstende und aufrichtende Wort und die Tat helfender Liebe wirken zusammen. In diesem Dienst weiß die Innere Mission sich getragen von der Fürbitte und Fürsorge der lebendigen Gemeinde und der opferbereiten Hilfe jedes verantwortungsbewußten evangelischen Christen.

Darum ergeht an alle evangelischen Christen in Deutschland die herzliche und dringende Mahnung und Bitte: Helft mit!

Zentralausschuß für die Innere Mission der Deutschen Evang. Kirche. Der Präsident: gez. Frick.

Zweite Atlantikfahrt der Arbeiter-Urlauber

Hamburg, 2. April. Die „Ozeana" hat die zweite Atlantikfahrt angetreten, die diesmal nach den Azoren führt. 841 Arbeitskameraden und -kameradinnen aus allen Gauen Deutschlands werden 20 Tage lang gemeinsam alle Schönheiten einer ihnen fremden Welt genießen und daraus neue Kraft für ihre Tagesarbeit schöpfen. Schon am frühen Morgen waren die Urlauber aus allen Richtungen auf dem Hamburger Bahnhof eingetroffen, wo sie vom Gauamt „Kraft durch Freude" und von der Hamburg-Amerika-Linie empfangen und betreut wurden. In kleinen Trupps wurde der Marsch zum Hafen angetreten. Um 14 Uhr legte das Schiff ab. Auf der Fahrt elbabwärts wurde die „Ozeana" von zahlreichen Barkassen und kleinen Fahrzeugen aller Art ein Stück Wegs begleitet.

„Ein Reich — Ein Recht!"

Der große Staatsakt in der Staatsoper

Berlin, 2. April. Der entscheidende Schritt, den die nationalsozialistische Regierung durch die Uebernahme der gesamten Rechtspflege auf dem Wege zum deutschen Einheitsstaat getan hat, wurde am Dienstag nachmittag durch einen großen Staatsakt im Staatlichen Opernhaus begangen. An diesem bedeutungsvollen Feiertag der Justiz hatten sämtliche Justizbehörden Deutschlands Flaggenschmuck angelegt. Aus dem ganzen Reich waren die Juristen nach Berlin gekommen, um an der Kundgebung teilzunehmen. Um 14.00 Uhr versammelten sich im Vorhof der Universität die Abordnungen der Richter, Staatsanwälte, Rechtsanwälte, Urkundebeamten und Hochschullehrer in ihren farbigen Amtstrachten, um in feierlichem Zuge über den Kaiser-Franz-Josephs-Platz zur Staatsoper zu gehen.

Der große Raum der Staatsoper bot ein noch nie geschautes Bild. Auf der mit den Fahnen des Reiches, mit Blumen und Lorbeerbäumen geschmückten Bühne nahmen in halbkreisförmig angeordneter, dreifacher Sitzreihe die höchsten richterlichen Beamten Deutschlands mit dem Präsidenten des Reichsgerichts an der Spitze Platz. Eingerahmt wurde die Bühne durch die Hakenkreuzfahnen der Justizfachschaften. Das ganze Parkett war von Trägern der roten und schwarzen Amtsroben angefüllt. In den Logen und den vier Rängen hatten die Vertreter der Reichs- und Landesbehörden, der hohen Parteistellen, der SA., der SS, des Arbeitsdienstes, der Reichswehr, der Reichsmarine und Polizei Platz gefunden. Die große Mittelloge war für den Führer und die Reichsregierung freigehalten. Mit erhobenem Arm begrüßten die Vertreter des deutschen Rechts sowie die große Festversammlung den Führer und Reichskanzler bei seinem Erscheinen. Mit dem Führer nahmen in der großen Loge Platz Ministerpräsident Göring, die Reichsminister Gürtner, Frick, Blomberg, Graf Schwerin von Krosigk, Seldte, Eltz von Rübenach und Darré u. a. Unter den zahlreichen Ehrengästen sah man weiter zahlreiche Reichsstatthalter, Gauleiter und Staatsminister. Die weihevollen Klänge der Akademischen Festouvertüre von Brahms, gespielt vom Orchester der Staatsoper, leiteten die festliche Stunde ein.

Die Reihe der Ansprachen eröffnete

Ministerpräsident General Göring.

In seiner Rede begann Göring mit der Feststellung, daß die nationalsozialistische Regierung in den vergangenen beiden Jahren auf dem Gebiete der Erneuerung des Reiches das Hauptziel des Führers erreicht habe. Zum erstenmal seit Jahrhunderten sei die einheitliche Reichsgewalt über alle deutschen Gaue aufgerichtet und rechtlich verankert. Auch die nunmehr vollzogene Vereinheitlichung des deutschen Rechtswesens sei ein staatspolitisches Ereignis von geschichtlicher Bedeutung. Göring ging dann auf die Handhabung der Justiz im Zweiten Reich ein. „Unter der nationalsozialistischen preußischen Staatsregierung sind von vornherein alle Kräfte daran gesetzt worden, die Einheit des deutschen Rechts vorzubereiten." Im Anschluß hieran gedachte Göring der besonderen Verdienste des ersten nationalsozialistischen preußischen Justizministers Hans Kerrl. Der Ministerpräsident ging dann auf die einzelnen Etappen zur Neugestaltung des deutschen Rechts und auf die fortschreitende Verreichlichung der Justiz ein. Allerdings, so betonte der Ministerpräsident, sei es mit der Aenderung der Form allein nicht getan. Hinzutreten müsse eine Erneuerung des die Form füllenden Inhaltes im nationalsozialistischen Sinne, damit die Rechtsprechung jedem einzelnen Volksgenossen verständlich sei.

Als nächster Redner nahm

Reichsjustizminister Dr. Gürtner

das Wort. Nach einem Dank für die Anerkennung, die Ministerpräsident Göring ihm und seinen Mitarbeitern für die Arbeit an der preußischen Justiz gezollt hat, erinnerte der Reichsjustizminister daran, daß die Frage der Reichsjustiz so alt sei wie das Deutsche Reich selbst. Auch das Reich der Bismarckschen Verfassung habe sich mit der Frage der Reichsjustiz oft und viel beschäftigt. Jedoch sei die Zeit damals noch nicht reif gewesen, da es innerhalb des Deutschen Reiches zahlreiche selbständige souveräne Staatsgewalten gegeben habe, und daher habe eine von der Reichsgewalt ausgehende Justiz nicht entstehen können. Aus demselben Grunde seien auch alle Versuche gescheitert, die nach 1919 zur Schaffung einer Reichsjustiz unternommen wurden. Erst mit dem Tage, an dem der Nationalsozialismus, der von Anfang an die Reichseinheit gefordert habe, den Kampf um die Macht siegreich bestanden habe, sei die Frage der Reichseinheit und damit der Reichsjustiz politisch entschieden gewesen. Diese Entscheidung sei nicht ein Gewaltakt der Führung, sondern der Ausdruck des Willens des Volkes. Bald nach der politischen Entscheidung sei es gelungen, sämtliche Rechtswahrer in einer über das ganze Reich sich erstreckenden Organisation ständisch zusammenzufassen und zu gliedern, damit seien von der persönlichen Seite her gute Bedingungen für den Aufbau der Reichsjustiz geschaffen worden. Was nun zu tun übrig blieb, war die organisatorische Arbeit. Die Landesjustizverwaltungen hätten sich von allem Anfang an mit innerer Bejahung in den Dienst der großen Aufgabe gestellt, dies gelte insbesondere von Preußen, dessen Erfahrung und Tradition von besonderem Wert gewesen seien. Daß aber die Reichsjustiz in der Zeit von weniger als einem Jahr aufgebaut werden konnte, sei vor allem dem Entschluß des Führers zu verdanken, der am 16. Mai 1934 auf Vorschlag des preußischen Ministerpräsidenten die Reichs- und preußische Justizverwaltung in eine Hand vereinigt hat. Der Reichsjustizminister ging dann auf die Vorteile der Vereinheitlichung der Justiz im Reiche ein, und betonte, daß die einfache und einheitliche Organisation der Justizbehörden im ganzen Reich die sichere Gewähr biete, den Willen des Führers auf geraden und ungebrochenen Linien bis zur äußersten Behörde erkennbar zu machen und durchzusetzen. Der Wirkungskreis der Beamten sei nicht mehr beengt durch die Grenzen der Länder. Der Aufbau der Reichsjustiz sei vollendet. Damit sei eine Aufgabe erfüllt, die der Führer gestellt habe. Die andere größere Aufgabe sei die Erneuerung des deutschen Rechts. Hier seien zwar in Teilausschnitten vorbildliche und wichtige Forderungen bis jetzt verwirklicht worden. Die gesamte Erneuerung des Rechts aber werde lange Zeit und viele Arbeit beanspruchen. Mit einem Dank an den Führer, der dem deutschen Volk die Rechtseinheit gegeben hat, sowie mit Dankesworten an Ministerpräsident Göring und alle übrigen Stellen, die an der großen Aufgabe mitgewirkt haben, schloß der Reichsjustizminister seine Ansprache.

Die Schlußansprache hielt

Reichsinnenminister Dr. Frick.

Er gab zunächst einen kurzen Ueberblick über die politischen Zustände, die der Nationalsozialismus bei der Uebernahme der Macht vorgefunden hat und erinnerte daran, daß es in einer unverhältnismäßig kurzen Zeitspanne gelungen sei, die schlimmsten Mängel zu beheben. Sodann zählte der Reichsinnenminister die einzelnen wichtigen Gesetze auf, die die Reichsreform vorbereitet und weitergetrieben haben. Hier nannte er vor allem das am ersten Jahrestag der nationalsozialistischen Revolution ergangene Gesetz über den Neuaufbau des Reiches, das einen vielhundertjährigen Traum der Deutschen erfüllt habe und den Abschluß einer tausendjährigen Entwicklung darstelle. Deutschland sei ein Einheitsreich geworden. Die letzten bundesstaatlichen Erscheinungsformen seien durch Aufhebung des Reichsrates und durch Schaffung einer einheitlichen Reichsangehörigkeit beseitigt. Der Dualismus zwischen dem Reich und Preußen sei durch die Herstellung von Personalunionen und später von Realunionen zwischen den entsprechenden Ministerien, des Reiches und Preußens verschwunden. Unter den gesetzgeberischen, den Neuaufbau des Reiches berührenden Maßnahmen stehe die Ueberleitung der Rechtspflege auf das Reich im Vordergrund. Es sei kein Zufall, daß die Justiz die erste große bisherige Landesverwaltung sei, die im Zuge des Reichsneubaues ins Reich überführt wird. Bei der Justiz handle es sich um einen im wesentlichen schon lange durch das Gerichtsverfassungsgesetz feststehenden, in sich geschlossenen Kreis von selbständigen Behörden mit in der Hauptsache reichsrechtlich bestimmten Geschäftsaufgaben. Wesentlich anders lägen die Verhältnisse bei der Verwaltung als dem Inbegriff der gesamten staatlichen Tätigkeit, soweit sie nicht „Justiz" sei. Hier sei es eine der wichtigsten Aufgaben des Nationalsozialismus, die verloren gegangene Einheit so weit wie möglich wiederherzustellen. Der erste Schritt in dieser Richtung sei mit der zweiten Neuaufbau-Verordnung und dem neuen Reichsstatthaltergesetz getan. Weitere Schritte würden folgen. Zum Schluß werde das große Werk der Reichsreform gekrönt werden durch die territoriale Neugliederung des Reiches. Der gemeinsame Gesang des Deutschland- und des Horst-Wessel-Liedes beendete den Festakt.

Dem Führer und Reichskanzler wurden beim Verlassen der Oper von einer tausendköpfigen Menschenmenge große Kundgebungen bereitet.

„Graf Zeppelins" Flug nach Berlin

Friedrichshafen, 2. April. Anläßlich der Eröffnung der Deutschen Zeppelin-Reederei ist das Luftschiff „Graf Zeppelin" am Dienstag vormittag 9 Uhr zu einer Fahrt nach Berlin gestartet unter Führung von Kapitän Lehmann. An dieser Fahrt nahmen zwölf Passagiere teil. Unter ihnen befanden sich neben Werftangehörigen ein Vertreter des Reichspostministeriums und Professor Bosch.

Berlin, 2. April. Gegen 15.30 Uhr landete „Graf Zeppelin" auf dem Flugplatz Staaken unter den Klängen der Deutschland-Liedes. In knapp zwei Minuten war eine mustergültige Landung durchgeführt. Der Staatskommissar für die Reichshauptstadt, Dr. Lippert, begrüßte hierauf Kapitän Lehmann und sein stolzes Schiff im Namen des Reichsluftfahrtministeriums und seiner Behörde und wünschte dem „Graf Zeppelin" für alle Zeiten eine glückhafte Fahrt zur Mehrung des deutschen Ansehens in der Welt.

Nach halbstündigem Aufenthalt trat das Luftschiff unter dem Jubel der Menschenmenge wieder die Rückfahrt an.

„Graf Zeppelin" in Friedrichshafen glatt gelandet.

DNB. **Friedrichshafen,** 3. April. Das Luftschiff „Graf Zeppelin" ist Dienstag abend 10,36 Uhr von seiner Berliner Fahrt zurückgekehrt und trotz des sehr stark böigen Windes im Lichte der Scheinwerfer auf dem Werftgelände glatt gelandet. An der Rückfahrt nahmen 12 Fahrgäste teil.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Die Vertrauensratswahlen 1935

Rede des Stellvertreters des Führers

München, 2. April. In seiner Ansprache an die deutschen Arbeiter, die er über alle deutschen Sender am Dienstag vormittag im Reichsbahnausbesserungswerk Freimann (bei München) hielt, betonte der Stellvertreter des Führers, Rudolf Heß, daß der äußere Anlaß zu seiner Ansprache die demnächst in ganz Deutschland stattfindende Vertrauensratswahl sei. Der innere Anlaß, der langgehegte Wunsch sei, zu deutschen Arbeitern zu sprechen, von denen so viele an der Front des Weltkrieges zu seinen besten Kameraden gehört hätten. Gerade Handarbeiter seien es auch gewesen, die in der Gemeinschaft der nationalsozialistischen Bewegung als Soldaten einer neuen Idee zusammengestanden hätten.

Er wende sich aber nicht etwa an einen Stand oder eine Klasse für sich, sondern an die Gemeinschaft der Schaffenden in den Betrieben, die zum Gemeinschaftsempfang beieinander ständen, wie sie an den Stätten der Produktion zueinander gehörten.

„Ihr seid aufeinander angewiesen", rief Rudolf Heß ihnen zu, „und ergänzt Euch wie die ganz großen Arbeitsgruppen der Volkskameradschaft, wie Bauern, Handarbeiter, Geistesarbeiter usw. sich ergänzen und aufeinander angewiesen sind, weil ein Teil ohne den anderen auf die Dauer nicht zu leben vermag. Nie soll diese nationalsozialistische Grunderkenntnis vergessen werden. Nie sollen wieder sog. Führer bei Bauern, Arbeitern und Bürgern die kleinen Einzelinteressen von Klassen und Ständen gegeneinander ausspielen und sie höher stellen als die gemeinsamen Interessen des Volkes. Stets wollen wir alle auf der Hut sein, daß nicht neue Hetzer nach alten marxistischen Methoden — gleichgültig in welchem Gewande — erstehen. Wer diesen Versuch machen wollte, muß wissen, daß das Volk selbst in seinen erwachten Instinkten sich am schärfsten dagegen zur Wehr setzt, um so mehr, als es weiß, daß die Führer eine Gemeinschaft in sich bilden und es ihre Pflicht ist, etwa auftretende Ungerechtigkeiten in gemeinsamem Wirken unter Berücksichtigung der großen Gesamtinteressen des Volkes, von denen das Wohl der Standes- und Einzelinteressen abhängt, auszugleichen."

Die bevorstehende Wahl sei keine Wahl im früheren Sinne, vielmehr sollen Männer zur Regelung auftauchender Probleme innerhalb der Betriebe bestimmt werden, die das Vertrauen ihrer Arbeitskameraden hätten. Es werde deswegen auch kein Wahlkampf im alten Sinne geführt, ebenso wenig wie den deutschen Arbeitern etwa eine herrliche Blumenlese von Versprechungen vorgesetzt würde, die größtenteils nicht gehalten werden können. Der nationalsozialistische Staat habe versprochen, das Arbeitslosenelend zu mildern, und dieses Versprechen, das Adolf Hitler bei der Machtergreifung gab, wurde erfüllt. „Und noch ein ganz großes Versprechen des Nationalsozialismus wurde erfüllt: **das Versprechen, den deutschen Arbeiter als gleichwertigen Volksgenossen in die Volksgemeinschaft einzugliedern.** Niemand kann heute mehr bestreiten, daß der Handarbeiter sich im nationalsozialistischen Staat absolut gleichwertig fühlt und in den Augen aller seiner Volksgenossen gleichwertig ist."

Wie der deutsche Handarbeiter im Kampfe an den Fronten des Weltkrieges seinen Mann gestanden habe, so auch im Kampfe um das neue Deutschland. Bei der Saarabstimmung und bei den großen Volksabstimmungen, die Adolf Hitler in der jüngsten Zeit vornehmen ließ, seien es wieder die deutschen Arbeiter gewesen, die Seite an Seite mit den übrigen deutschen Volksgenossen ihre Pflicht erfüllten und die Behauptungen des Auslandes Lügen straften, daß sie abseits stünden. „Durch die unerhörte Geschlossenheit, mit der sich das deutsche Volk hinter Adolf Hitler stellte, war es ihm allein möglich, es so erfolgreich zu führen, wie es in den Jahren seit der Machtergreifung der Fall war. Und gerade dank der Tatsache, daß insbesondere auch der deutsche Arbeiter ihm folgte, vermochte Adolf Hitler Deutschland wieder freizumachen. Denn seine Erklärung der Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht, von der die Welt weiß, daß hinter ihr heute bereits eine Macht: eine entsprechende Zahl von Soldaten in Waffen steht — eine Erklärung, die sich über wesentliche Bestimmungen des von den anderen gebrochenen Versailler Vertrages hinwegsetzt, ist gleichbedeutend mit der Proklamation der deutschen Freiheit und Unabhängigkeit.

Seit dem 16. März 1935 sind wir wieder ein freies Volk, von dem die Welt weiß, daß seine Freiheit nicht mehr angetastet werden kann, ohne daß es sich dagegen leidenschaftlich zur Wehr setzt." Nach diesen Ausführungen über die geschichtliche Bedeutung des 16. März 1935 fuhr Rudolf Heß fort: „Der Wiederaufbau des Heeres ist nicht nur eine moralische Angelegenheit — er ist auch eine durchaus materielle Angelegenheit. Denn auch die materiellen Güter eines Volkes, die Wirtschaft, welche die Güter hervorbringt, bedürfen des Schutzes. Wir haben es alle erlebt, welche die Folgen waren, als wir uns nach dem Zusammenbruch 1918 nicht mehr wehren konnten gegen die Erpressungen anderer Völker. Es waren die Produkte der Arbeit unseres Volkes, es waren die Güter, die das Volk selbst nur zu gut hätte gebrauchen können, die es zwangsweise abliefern mußte."

Die damalige Wirtschaftskatastrophe als Folge der Reparationsverpflichtungen hätte das furchtbare Ausmaß nie angenommen, die Gegner hätten die wirtschaftlich irrsinnigen Forderungen nie gestellt, wenn sie mit der Möglichkeit einer deutschen Gegenwehr hätten rechnen müssen. Hätte damals eine wirkliche deutsche Wehrmacht bestanden, so wäre Deutschland und der Welt das ganze Unglück, welches die Wirtschaftskatastrophe nach sich zog, wenn nicht erspart geblieben, so doch verringert worden.

„Abgesehen vom Schutz, den die neuerstandene Wehrmacht bedeutet", so führte Rudolf Heß weiter aus, „hat ihr Wiederaufbau große direkte und indirekte Wirkungen im Gefolge. Das Vertrauen, welches die aufsteigende Wirtschaft in sich birgt, wird nämlich durch die Ueberzeugung der Welt, daß nicht wieder willkürlich ein Staat, dem es gefällt, bei uns einzurücken, diese Wirtschaft zerstören kann, derart gestärkt, daß neuerdings die Wirtschaftsbeziehungen zu anderen Staaten gefördert werden. Auch dadurch ergeben sich die Voraussetzungen für weitere Arbeit in Deutschland und damit für die allmähliche Besserung des Wohlergehens der Gesamtheit und des Einzelnen.

Und mehr noch als dies: Das Herausziehen der Jahrgänge von Jungen schafft Arbeitsplätze für Aeltere. Die Herstellung der Waffen für die neue Armee gibt weiteren deutschen Volksgenossen in großer Zahl Arbeit und Brot. Insgesamt kann die deutsche Wirtschaft, wie die Volkswirtschaft aller großen Nationen, wieder mit einer Armee und ihrem Bedarf rechnen. Die deutsche Wirtschaft gleicht sich auch hierin wieder mehr den Wirtschaften der anderen Völker an, und dies kann nur der Wirtschaftsgesundung der Welt dienlich sein."

„Ich weiß, daß Ihr alle stolz seid auf das neue Volksheer", rief der Stellvertreter des Führers seinen Volksgenossen in den Betrieben zu. „Ich weiß, daß die alten Soldaten unter Euch noch gern zurückdenken an die Dienstzeit und daß Ihr Euch freut, wenn Eure Söhne in der Armee wieder zu Männern erzogen werden. Und Ihr seid um so mehr stolz auf die neue Armee, als Ihr die Gewißheit habt, daß diese wirklich ein Volksheer im besten Sinne sein wird. Die neue deutsche Armee ist von nationalsozialistischem Geiste durchdrungen und frei von allem, was vielleicht im alten Heer noch im Widerspruch stand mit dem Grundsatz, daß es gerade für Soldaten keinerlei Sonderrechte auf Grund von Geld, Kastenzugehörigkeit und totem Schulwissen gibt. Das neue Heer kennt keine einjährig Freiwilligen mehr. Führer kann in ihm werden, wer das Zeug zum wirklichen Führer in sich trägt. Es ist das Heer des deutschen Volkes und das Heer für das deutsche Volk. Es wird Deutschland wieder schützen, seine Menschen und ihre Habe, und es wird nicht zuletzt die Stätten schirmen, in denen Ihr Eure Arbeit findet. **Das deutsche Volksheer hat keine imperialistische Aufgabe, es dient dem Frieden der Deutschen."**

„Unter dem Schutz unseres neuen Heeres", so schloß Rudolf Heß seine Ansprache an die deutschen Arbeiter, „wollen wir weiter gemeinsam arbeiten und schaffen in treuer Pflichterfüllung jeder an der Stelle, die ihm vom Schicksal zugewiesen ist. In dem glücklichen Bewußtsein, eine bessere Zukunft unseren Kindern zu schaffen, wollen wir zusammenstehen in gemeinsamem Stolz auf den Führer, der uns zusammenbrachte, der unserer Arbeit wieder einen Sinn gab, der in seinem Werdegang symbolisch den Hand- und Geistesarbeiter, den Untergebenen von einst und den Führer des ganzen Volkes von heute, vereint.

Unter seiner Führung tun wir unsere Arbeit weiter, auf daß auch unser Volk und Vaterland weiter gesundet und wir Kindern und Kindeskindern eine Heimat schaffen, in dem es ihnen besser geht als vielen ihrer Väter und auf die sie von Herzen stolz sein können. Wir werden weiter schaffen unter der Führung des Mannes, der uns bisher so erfolgreich geführt hat, unter der Führung des ersten Soldaten und des ersten Arbeiters Deutschlands: Adolf Hitler!"

Die Ausführungen wurden wiederholt von stürmischem Beifall unterbrochen, der sich nach dem dreifachen Sieg-Heil auf den Führer zu einem wahren Jubelsturm steigerte. Unter den Klängen des Liedes „Brüder in Zechen und Gruben" verließ der Stellvertreter des Führers die Halle und begab sich mit dem Reichsorganisationsleiter Dr. Ley und anderen Herren in die Kantine, wo sie an einem gemeinsamen Essen mit der Arbeiterschaft teilnahmen.

Das deutsch-französische Wirtschaftsabkommen

Sicherung einees Devisenüberschusses für Deutschland

Zwischen Deutschland und Frankreich besteht eine Clearing-Vereinbarung, die den gegenseitigen Warenverkehr auf Grundlage eines Systems von Kompensationen regelt. Dieses Abkommen wäre am 31. März abgelaufen, und wenn es nicht gelungen wäre, es zu erneuern, hätte die Gefahr gedroht, daß die Handelsbeziehungen beider Länder in einen Zustand vollkommener Lähmung verfallen wäre. Man hat bereits, als die Rückgliederung des Saargebietes an Deutschland bevorstand, über die Erneuerung und Abänderung des Abkommens verhandelt, ohne damals zu einem Ergebnis gelangen zu können. Das Ereignis der Saarrückgliederung bot deshalb besonderen Anlaß, weil das Saargebiet nach 15jähriger Zugehörigkeit zum französischen Zollregime erheblich mehr aus Frankreich bezog, als es dorthin lieferte. Derartige Wirtschaftsbeziehungen sind natürlich nicht mit einem Schlage abzubrechen. Das Deutsche Reich befindet sich aber schon seit längerer Zeit Frankreich gegenüber im Zustande der passiven Handelsbilanz, und dieser Passivsaldo hätte sich, nachdem das Saargebiet in die deutsche Zollgrenze einbezogen wurde, noch erhöhen müssen.

Das seitherige Clearingabkommen zwischen Deutschland und Frankreich sollte nach dem bei seinem Abschluß Beabsichtigten keine glatte Kompensation der beiderseitigen Lieferungen ergeben, sondern es bestand Einverständnis darüber, daß wegen der von Deutschland an Frankreich zu zahlenden Zinsbeträge für die Dawes- und Younganleihe ein Ueberschuß zugunsten Deutschlands erzielt werden mußte. Tatsächlich ist das nicht gelungen, und infolgedessen bestehen zur Zeit Warenforderungen Frankreichs an Deutschland in ziemlicher Höhe. Ein neues Verrechnungsabkommen, das diese über das Maß der seitherigen Warenlieferungen Deutschlands an Frankreich hinausgehenden Forderungen in den Kompensationsverkehr einbezogen hätte, konnte von Deutschland nicht gutgeheißen werden, denn damit wäre es in die neue Clearingperiode mit einer Vorbelastung eingetreten, die die Erzielung eines Devisenüberschusses erst recht unmöglich gemacht hätte. Deutschland erhob deshalb schon in den letzten Verhandlungen vor etwa vier Wochen die Forderung, das Verrechnungsabkommen müsse so gestaltet werden, daß ihm ein Nettoüberschuß an Devisen von 200 Millionen Franken jährlich verbliebe. Diesem Verlangen hat sich Frankreich damals widersetzt und die Verhandlungen mußten zunächst abgebrochen werden.

Jetzt ist es gelungen, sie zu einem leidlichen Ergebnis zu führen. Zwar hat man sich nicht auf den zunächst naheliegenden Ausweg einigen können, die 15,75 Prozent die nach dem bisherigen Clearingabkommen vom deutschen Ausfuhrerlös abgezweigt wurden, entsprechend zu erhöhen, um den Devisenüberschuß sicherzustellen. Man ist den anderen, etwas gewaltsameren Weg gegangen, die französische Einfuhr nach Deutschland einzuschränken. Etwas anderes blieb in der Tat auch nicht mehr übrig, wenn Deutschland angesichts seiner rückständigen Warenschulden und Anleihezinsen und dazu eben noch die Erzielung eines Devisenüberschusses ermöglicht werden sollte. Praktisch bedeutet es also, daß Frankreich sich zu der Erkenntnis durchgerungen hat, daß der bisherige Passivsaldo Deutschlands durch Zurückhaltung französischer Warenlieferungen in einen Aktivsaldo für das Reich verwandelt werden muß. Das neue Abkommen ist am 1. April in Kraft getreten und gilt für drei Monate.

Unterbrechung der deutsch-schweizerischen Wirtschaftsverhandlungen

Bern, 2. April. Die in Bern geführten Wirtschaftsverhandlungen zwischen der Schweiz und Deutschland sind unterbrochen worden und werden zur Zeit auf diplomatischem Wege fortgesetzt. Mit Beziehung auf die Kündigung wurde vereinbart, daß diese noch bis zum 8. April (statt 31. März) mit Wirkung auf den 30. April 1935 erfolgen kann.

Der neue bulgarische Gesandte in Berlin eingetroffen

DNB. **Berlin**, 3. April. Der neu ernannte bulgarische Gesandte in Berlin, Dr. Theodor Christoff, ist am Dienstag abend hier eingetroffen. Vertreter des Auswärtigen Amtes, des Propagandaministeriums und des Außenpolitischen Amtes der NSDAP. sowie die leitenden Mitglieder der bulgarischen Gesandtschaft hatten sich zu seinem Empfang am Bahnhof eingefunden.

Glocken aus der Tiefe

Roman von K. A. Harth.

Urheber-Rechtsschutz: Mitteldeutsche Roman-Korrespondenz, Leipzig C1

7. Fortsetzung. (Nachdruck verboten)

Auch Rolf erhob sich. Legte dem finster wie zuvor Dreinblickenden die Hand auf die Schulter:

„Sollte ihn nicht vielmehr das Gewissen treiben, nach seinem Schatz, nach der schwarzen Petra, zu fischen?"

„Ich weiß es nicht," murmelte Wilm mürrisch. „Nur so viel, daß der Alte bald die ganze Insel mit seinem Schatztauchen ansteckt — — und daß nur ein Bauer den fanatischen Seeleuten gar nichts mehr gilt!"

Feinfühlig genug, brachte Rolf seine bitteren Worte mit der vorigen Frage nach Karin in Beziehung. War sie vielleicht dem „Bauer" untreu geworden und liebte nun einen Seemann? — Er dachte an die stürmische Begrüßung, die ihm von ihr zuteil geworden. Jetzt mochte sie wohl den Richtigen umarmen...

In ihr Schweigen brauste wieder der Sturm sein gewaltiges Lied. Und noch ein anderer Klang hielt plötzlich ihre Ohren gefangen.

„Heia — hoiho! — Seefahrt ist not! — Hoiho — toho! — Sieg oder Tod! — Zum Kampf mit den Wellen — Will ich mich stellen! — Sturm braust ums Haus — Seeleute heraus! — Heia — hoiho!"

Der rauhe Gesang ging unter im Wutgeheul des Windes. Beide standen und lauschten verstört.

Da riß Klaus Grünwald die Tür auf. Der stämmige Mann bebte vor Aufregung.

„Singt er all wieder?" keuchte er und nahm die Kappe vom Kopf.

Aber keiner antwortete ihm. Sorgenfalten furchten seine Stirn:

„Wenn das man kein Unglück bedeutet!" —

„Heia — hoiho!"

Der Wind trug Bruchteile des trutzigen Liedes die breite Straße hinan, wo auf der Anhöhe die letzten, strohgedeckten Katen des Dorfes kauerten.

Vom nahen Kirchturm hallte ein Stundenschlag, bang und zitternd.

Zwei Menschen standen vor der Tür der einsamsten Kate, gut eine Meile von den andern entfernt. Im Schutz des überhängenden Strohdachs hielten sie sich umschlungen.

Das Mädel spürte nicht den eisigen Wind, in dem ihr langer Rock flatterte, hörte die abgerissenen Worte nicht, die aus den Dünen unten heraufklangen. Die widerspenstigen Haare unter dem Kopftuch gebändigt, preßte sie sich eng an den schlanken Jungen vor ihr und suchte mit zärtlichen Händen immer wieder sein wetterhartes Antlitz.

„Daß du nur da bist, Hein! Du hast mich so lange warten lassen!" flüsterte sie vorwurfsvoll. „Da hielt ich es nicht mehr aus und lief hierher."

Das Oelzeug des Mannes tropfte noch von beschwerlicher Fahrt. Aber er hatte die Arme fest um die Hüften des Mädels gelegt.

„Die Ablösung kam so spät heute, Karin. Und, weiß Gott, wenn nicht meine süße, kleine Deern auf mich gelauert hätte, wollte ich bei dem Sturm die Heimfahrt vom Leuchtturm sonst kaum gewagt haben!"

Er lachte jungenhaft glücklich und küßte sie.

„Schlich mich erst gar nicht nach Klaus Grünwalds Koje — dachte mir, daß mein wildes Mädel mich hier erwarten würde — — und — da bin ich!"

Karin stellte sich auf die Zehenspitzen, um in die Augen des Geliebten schauen zu können.

Er beugte sich vor, sie lehnte sich zurück — und duldete doch willig, daß er seine Lippen heiß und verzehrend auf ihren Mund drückte. —

In der Mansarde oben ging ein Fenster auf. Seine alte Mutter rief:

„Hein! — Hein — bist du es, da unten?"

Aber Hein antwortete nicht.

Da riegelte sie seufzend das Fenster zu und machte mit bebenden Händen Licht. Stellte Wasser in den Ofen und holte die Flasche mit Rum. Sie kannte ihren Jungen. Wußte, daß ihn das ärgste Wetter nicht abhalten konnte. Ein Glas Grog würde ihm gut tun.

Draußen heulte der Sturm immer wütender. Regen klatschte hernieder, als wolle er die Insel fortschwemmen.

„Was ein Wetter! — Herr Gott, sei uns gnädig! — Was ein Wetter"... sagte sie bekümmert und griff nach der Hausbibel. —

Langsam löste sich Hein von dem erschauernden Mädel.

„Seeleute heraus! — Heia — hoiho!"

Hein reckte sich auf. Sein kantiger Schädel schien wie aus Stein gemeißelt.

„Horch, Karin! Der Inselalte geht um! — Ob das man nichts zu bedeuten hat?"

Enger schmiegte sie sich an ihn.

„Laß doch den Inselalten! Was kümmert er uns?"

Wieder tasteten ihre feinen Finger nach seinem Gesicht.

Aber Hein lauschte von neuem in die Nacht. Seine Augen mühten sich, durch das Dunkel zu dringen, nach dem Dorf. Gingen da nicht Lichter an in den Häusern?"

Deutlich klang das Rollen der See herauf. Ihm kam es vor, als rausche die Brandung näher und lauter.

Karin schmollte:

„Wer weiß, was du gehört hast? Weht doch der Wind, daß man sein eigenes Wort kaum versteht."

„Nein, nein — —" fieberte der Mann, „es scheint ein Unglück — —"

Jetzt! Ein Kanonenschlag erscholl.

Aengstlich hielt das Mädel den Geliebten umklammert.

„Was ist das? Ein Schiff in Seenot — —?"

Hein knüpfte hastig den Sturmriemen ums Kinn und horchte angestrengt.

Da! — Noch ein dumpf rollender Schlag!

„Zwei?" — zählte er und preßte die Deern noch einmal an sich.

(Fortsetzung folgt.)